

KORRUPTION WIRKSAM BEKÄMPFEN

UNS GEHT'S UMS GANZE

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**
BUNDESTAGSFRAKTION



www.gruene-bundestag.de

TRANSPARENZ VS. KORRUPTION

Auf internationalem Parkett macht sich Deutschland für den Kampf gegen die Korruption stark. Die Bundesregierung pocht darauf, dass andere Staaten internationale Vorgaben einhalten. Doch sie selbst misst mit zweierlei Maß. Die schwarz-gelbe Koalition blockiert alles, was eine effektive Korruptionsbekämpfung innerhalb Deutschlands voranbringen könnte.

Transparenz, Prävention und konsequente Ahndung müssen in Deutschland der Maßstab im Kampf gegen Korruption werden. Denn Korruption ist kein Kavaliersdelikt. Sie untergräbt unsere Demokratie und kommt uns im wahrsten Sinne teuer.

Doch die Bundesregierung handelt nicht. Bis heute weigert sie sich, das unter Rot-Grün auch von Deutschland unterzeichnete UN-Übereinkommen gegen Korruption zu ratifizieren. Damit stehen wir in einer unrühmlichen Reihe mit Staaten wie Syrien, Saudi-Arabien, Sudan und Myanmar. 160 Staaten, unter ihnen die großen Industrieländer, haben das Abkommen im Gegensatz zu uns bereits ratifiziert. Es ist schon so weit gekommen, dass führende Vertreter deutscher Unternehmen die Bundesregierung hier zum Handeln aufgefordert haben.

Das Strafrechtsübereinkommen über Korruption des Europarates hat Deutschland ebenfalls nicht umgesetzt. Aus diesem Grund hat die Staatengruppe des Europarates gegen Korruption (GRECO) mittlerweile sogar ein Verfahren gegen Deutschland eingeleitet. Auch ist Deutschland immer noch nicht der Internationalen Anti-Korruptionsakademie (IACA) beigetreten.

Wir wollen diese fadenscheinige Politik endlich beenden und eine neue Phase der Transparenz und Offenheit einläuten. Wir müssen stärkere Anstrengungen gegen die Korruption in unserem Land unternehmen und konsequent in allen Bereichen Prävention betreiben – sei es in der Wirtschaft, im Sport, im Gesundheitswesen oder im öffentlichen Sektor. Politische Entscheidungen und Vorgänge müssen transparent und nachvollziehbar für die Bürgerinnen und Bürger sein. Auch die Parteienfinanzierung muss klar und transparent geregelt werden. Und wir wollen dafür sorgen, dass Abgeordnetenbestechung umfassend strafbar wird. Für die Aufdeckung von Korruptionsfällen ist es besonders wichtig, Hinweisgeberinnen und Hinweisgeber (sogenannte Whistleblower) besser zu schützen.

*„Ein starker Rechtsstaat
duldet keine Korruption,
deshalb muss
Deutschland endlich
der UN-Konvention
gegen Korruption
beitreten.“*



Ingrid Hönlinger MdB
Stellv. Polit. Koordinatorin Arbeitskreis 3
Sprecherin für Demokratiep politik



3. Konferenz der Vertragsstaaten der UN-Konvention gegen Korruption in Doha.
Quelle: picture alliance

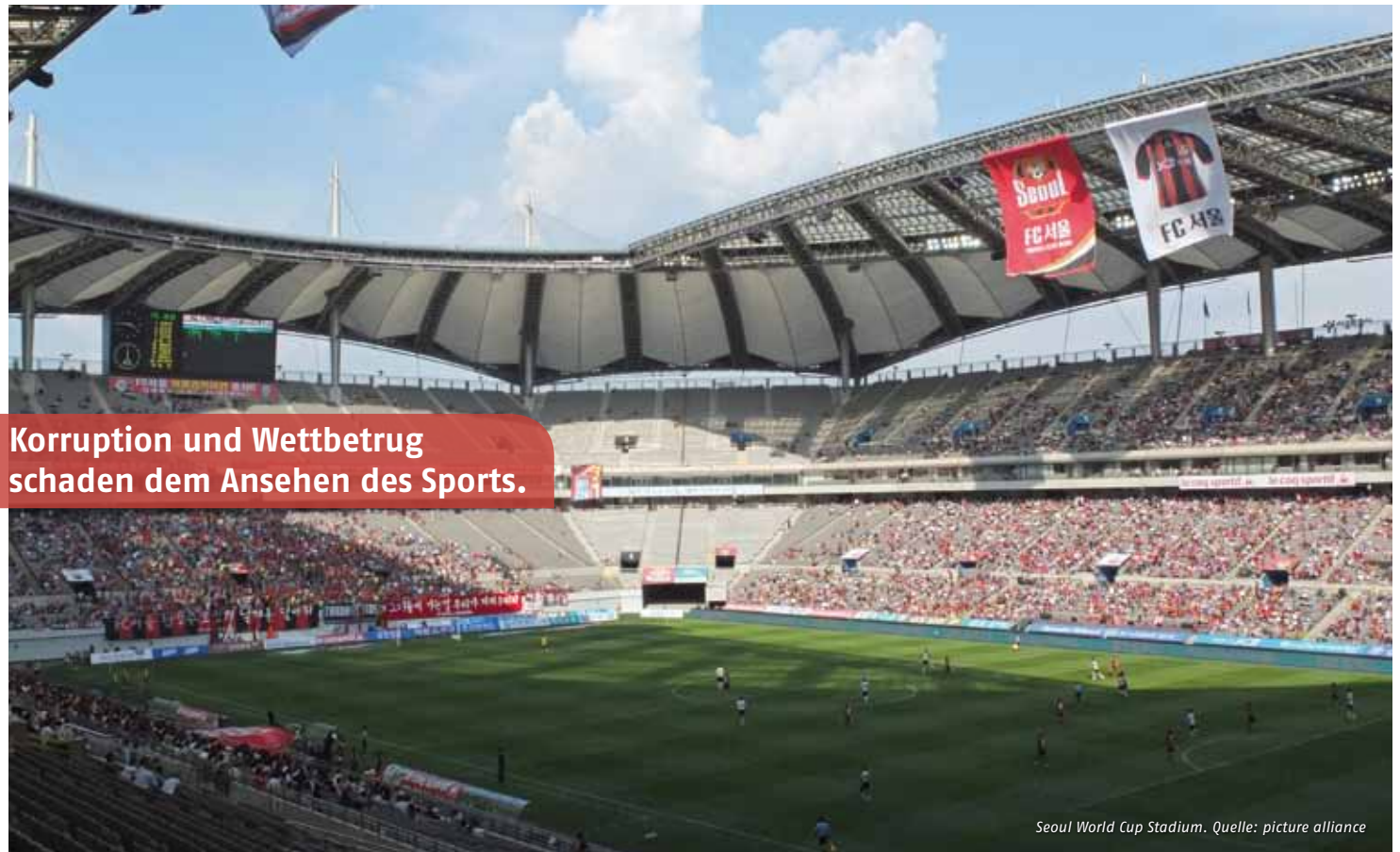
KORRUPTION IST ÜBERALL

Immer wieder erschüttern Korruptionsskandale die Wirtschaft. Wir wollen deshalb Unternehmen stärker in die Pflicht nehmen. Zu einer modernen Unternehmenskultur gehören präventive Maßnahmen gegen Korruption. Mit dem Deutschen Corporate Governance Kodex gibt es dazu auch klare Vorgaben; der Kodex fordert effektiv funktionierende Kontrollsysteme. Wirksame Mittel zur Bekämpfung der Korruption in Unternehmen können die Aufnahme von Bestechungsverboten in Arbeitsverträgen, Schulungen der Mitarbeiter und das Mehraugenprinzip sein. Doch der Kodex ist nicht verbindlich und Unternehmen, die nicht gegen Korruption im eigenen Haus vorgehen, haben keinerlei negative Konsequenzen zu befürchten.

Auch Behörden und staatliche Einrichtungen sind von Korruption bedroht. Ihre Entscheidungen sind oft nicht transparent oder nachvollziehbar. Intransparente Verträge zwischen öffentlicher Hand und privaten Konzernen erwecken schnell den Anschein der Verquickung privater und öffentlicher Interessen. Dies häufig auch zu Recht, wie Korruptionsskandale insbesondere im Bereich der Auftragsvergabe zeigen.

Wo Sport zum Geschäft wird, wächst die Korruptionsgefahr. Korruption in Sportorganisationen und Wettbetrug schaden dem Ansehen des Sports. Aber nicht nur das. Sie höhlen auch die integrative Kraft aus, die den Sport gesellschaftspolitisch so bedeutsam macht. Illegale Wettpraktiken müssen gezielt bekämpft werden. Wir wollen ein europäisches und internationales Netzwerk aufbauen, das dem Austausch bewährter Mittel dient, um Korruption in Sportorganisationen zu verhindern. Es gilt, die Integrität des Sports wiederherzustellen und für Fairness und Offenheit in Sportwettkämpfen zu sorgen.

Auch im Gesundheitsbereich stellt Korruption ein ernstes Problem dar. Hier können Gesundheitsschädigungen und sogar Todesfälle die Folge sein. Der Organspendenskandal hat das Vertrauen vieler erschüttert. Offenkundig ist bei der Vergabe von Spenderorganen mehr Transparenz erforderlich, das System muss dringend reformiert werden. Generell ist zu überprüfen, ob die bestehenden Regelungen ausreichen, um Bestechlichkeit von Ärzten zu verhindern und zu verfolgen.



**Korruption und Wettbetrug
schaden dem Ansehen des Sports.**

Seoul World Cup Stadium. Quelle: picture alliance

KORRUPTIONSREGISTER- GESETZ EINFÜHREN

Bund, Länder und Gemeinden vergeben jährlich Aufträge im Wert von mehreren hundert Milliarden Euro an Unternehmen. Manchmal auch an korrupte Unternehmen, weil die Behörden keine Kenntnis von deren Verwicklung in Korruptionsfälle haben. Die ehrlichen, integren Konkurrenzunternehmen haben das Nachsehen. Über landesrechtliche Regelungen hinaus brauchen wir ein bundesweites Korruptionsregister, in das wirtschaftskriminell auffällig gewordene Unternehmen eingetragen werden. Eine „Liste der schwarzen Schafe“ kann helfen, den fairen Wettbewerb zu erhalten, wenn die Eintragung in das Register zum Ausbleiben öffentlicher Aufträge führt und so Umsatz und Gewinne schmälert.

Es wird niemand mehr überraschen, dass die schwarz-gelbe Koalition die Einführung eines solchen Registers verweigert.



Aktion von „Transparency International Deutschland e.V.“ in Berlin. Quelle: picture alliance

GRÜNE FORDERUNGEN FÜR MEHR TRANSPARENZ

- Ein bundesweites Korruptionsregister für Unternehmen schaffen
- Whistleblower stärker schützen
- Abgeordnetenbestechung umfassend strafbar machen
- Lobbyismus durch Registrierung der Lobbyistinnen und Lobbyisten und Kennzeichnung in parlamentarischen Vorlagen transparent machen
- Parteienfinanzierung und Sponsoring begrenzen und transparenter regeln
- Unternehmen stärker zur Korruptionsbekämpfung in die Pflicht nehmen
- Internationale Abkommen gegen Korruption ratifizieren
- Der Internationalen Anti-Korruptionsakademie (IACA) beitreten und sie fördern
- Antikorruption in der Fort- und Ausbildung in allen Bereichen einführen und stärken
- Die Informationsfreiheitsrechte gesetzlich erweitern

SCHUTZ VON WHISTLE- BLOWERN STÄRKEN

Schmiergeldzahlungen und anderes gemeinwohlschädigendes Verhalten in Unternehmen kommen oft erst durch Hinweise von Mitarbeitern ans Licht. So gelangten Lebensmittelpanschereien, Ärzteskandale oder die Bestechung ausländischer Auftraggeber durch deutsche Großunternehmen an die Öffentlichkeit. Die sogenannten Whistleblower gehen dabei große Risiken ein. Oft drohen ihnen dienst- und arbeitsrechtliche Konsequenzen bis hin zur Kündigung. Man wirft ihnen firmenschädigendes Verhalten vor – auch wenn die Fakten stimmen.

Wir wollen diese Menschen besser schützen und ihnen für ihr aufmerksames und couragiertes Verhalten Rückendeckung geben. Das ist mehr als nötig, denn die Rechtslage ist vage. Auch der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat in einem Urteil gegen Deutschland klare Regelungen verlangt.

Wir brauchen eine gesetzliche Lösung und haben daher einen eigenen Gesetzentwurf vorgelegt. Sein Ziel ist es, Diskriminierungen wegen nach außen getragener Hinweise auf Missstände auszuschließen. Wir berücksichtigen dabei ausgewogen die Interessen auf Arbeitnehmer- sowie auf Arbeitgeberseite.



Collage: Tetra/doc-stock RM und dia/mediacolors, fotofinder



Plenarsaal im Deutschen Bundestag, Quelle: picture alliance

ABGEORDNETEN- BESTECHUNG BESTRAFEN

Die geltende Regelung im Strafgesetzbuch, die lediglich den Stimmenkauf von Abgeordneten unter Strafe stellt, wird den Anforderungen des UN-Abkommens gegen Korruption nicht gerecht. Wesentliche Tätigkeiten der Abgeordneten – jenseits der Abstimmungen – werden nicht erfasst. Das schwächt die Bekämpfung der Korruption und unser Ansehen in der Welt.

Doch die Bundesregierung weigert sich, die Strafbarkeit der Abgeordnetenbestechung auszuweiten. Dies wäre aber die Voraussetzung für die überfällige Ratifizierung des UN-Übereinkommens gegen Korruption auch in Deutschland.

Wir Grüne haben deshalb einen Gesetzentwurf vorgelegt, der glasklar regelt, was erlaubt und was verboten ist. Strafbar wird danach die Gewährung und Annahme von rechtswidrigen Vorteilen durch Mandatsträger, die das Ziel verfolgen, in Ausübung des Mandates Handlungen zur Durchsetzung der Interessen des Schmiergeldzahlers oder Dritter vorzunehmen. Unser Gesetzentwurf ermöglicht, das Übereinkommen gegen Korruption sofort zu ratifizieren, damit es künftig auch bei uns eine wirksame und rechtsstaatliche Handhabe gegen Korruption gibt.

*„Korruption erkennen
und bekämpfen,
darauf kommt es an.
In der Arbeitswelt und in
der Wirtschaft, im Sport
und in der Politik.
Machen wir uns
hier ehrlich und fangen
endlich an.“*



Jerzy Montag MdB
Sprecher für Rechtspolitik

PARTEIENFINANZIERUNG TRANSPARENT GESTALTEN

Immer wieder untergraben Skandale um die Parteienfinanzierung das Vertrauen in die Politik. Nicht alles, was rechtlich noch legal ist, ist deshalb auch gleich richtig. Erinnern wir uns nur an die Skandale à la „Rent-a-Ministerpräsident“ und die Großspenden aus dem Hotelgewerbe. Die Höhe der Beträge nährte hier den Verdacht der politischen Einflussnahme. Deshalb fordern wir die Reform des Parteiengesetzes. Sie ist dringend notwendig, denn das bestehende Gesetz hat viele Grauzonen, die dem Vertrauen in Parteien und Politik schaden.

Bei den Parteispenden brauchen wir beispielsweise jährliche Obergrenzen, zeitnahe Veröffentlichungspflichten und niedrigere Veröffentlichungsgrenzen. Und das Sponsoring ist noch gar nicht durch das Parteiengesetz geregelt. Hier gibt es also keinerlei Transparenz, obwohl das Sponsoring zu einer immer bedeutsameren Form der Parteienfinanzierung wird.



Wir brauchen ein Lobby-Register, das zeigt, wer für wen Lobbyarbeit macht und wie viel Geld dabei im Spiel ist.

Demonstration gegen Abgeordnetenbestechung vor dem Reichstagsgebäude in Berlin.
Quelle: picture alliance

LOBBY-REGISTER SCHAFFEN

Die Organisation von Interessen gehört zur Demokratie. Der Austausch von Meinungen zwischen Interessengruppen und politischen Entscheidungsträgern ist Bestandteil politischer und gesetzgeberischer Arbeit. Aber immer mehr Menschen zweifeln daran, dass es auf ihre Stimme überhaupt noch ankommt, während Lobbyistinnen und Lobbyisten mit viel Geld im Rücken immer größeren Einfluss auf die Gesetzgebung gewinnen.

Um die Parlamente zu stärken, müssen die Lobby-Aktivitäten kontrolliert und sichtbar gemacht werden. Gesetzgebung gehört in die Hände der Parlamente. Wenn Interessengruppen oder Unternehmen an Gesetzentwürfen mitarbeiten, muss dies erkennbar sein. Bürgerinnen und Bürger müssen nachvollziehen können, welche Verbände und Unternehmen Einfluss auf ein Gesetz genommen haben. Ein verpflichtendes Lobby-Register soll sichtbar machen, wer für wen Lobbyarbeit macht und wie viel Geld dabei im Spiel ist. Auch hierfür hat die grüne Bundestagsfraktion einen konkreten Vorschlag vorgelegt. Denn schon der böse Schein von Korruption nagt an den Säulen der Demokratie.

DIE KORRUPTION AN DEN WURZELN BEKÄMPFEN

Korruption ist nicht lediglich ein Problem „der anderen“. Die schwarz-gelbe Koalition muss ihren Widerstand gegen eine konsequente Korruptionsbekämpfung aufgeben und sich endlich auch in der Präventionsarbeit stärker engagieren. Es ist Zeit, die internationalen Vereinbarungen zu ratifizieren und deren Vorgaben konsequent umzusetzen. Deutschland muss der Internationalen Anti-Korruptionsakademie (IACA) beitreten, die sich der präventiven Bekämpfung der Korruption und der Ausbildung von Fachleuten in diesem Bereich verschrieben hat.

Wir wollen eine neue und nachhaltige Kultur der Transparenz und Offenheit von Entscheidungsprozessen schaffen. Dazu gehört auch die weitere Stärkung der Informationsfreiheit. Wir müssen in die Zukunft gerichtet denken, das heißt vorbeugend tätig werden. Es genügt nicht, nur in den Bereichen gegen Korruption vorzugehen, die vermeintlich am anfälligsten sind. Wir wollen die Wahrnehmung und das Bewusstsein aller – jeder Bürgerin und jedes Bürgers – gegenüber Korruption schärfen.

NOCH FRAGEN?

Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion

Arbeitskreis 3: Demokratie, Recht und Gesellschaftspolitik

TEL 030/227 56789, FAX 030/227 56552,

info@gruene-bundestag.de

ZUM WEITERLESEN:

Whistleblower-Schutz (Reader 17/77)

gruene-bundestag.de » Themen » Rechtspolitik

BUNDESTAGSDRUCKSACHEN:

17/11415 Korruptionsregister (Gesetzentwurf)

17/9782 Whistleblowing (Gesetzentwurf)

17/5933 Abgeordnetenbestechung (Gesetzentwurf)

17/5932 VN-Übereinkommen gegen Korruption (Gesetzentwurf)

17/2486 Lobbyistenregister (Antrag)

17/1169 Partei-Sponsoring (Antrag)

17/547 Parteispenden begrenzen (Antrag)

Diese Veröffentlichung informiert über unsere parlamentarische Arbeit im Deutschen Bundestag. Sie darf im Wahlkampf nicht als Wahlwerbung verwendet werden

IMPRESSUM:

Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Gestaltung: Jakina U. Wesselmann

Stand: Dezember 2012, Schutzgebühr: 0,05 €

